Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 20

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schen Macht in diesen Ländern allein könnte es einer pluralistischen Gesellschaft erlauben, zu einem grösseren Grad von Freiheit überzugehen. Die Diffusion der politischen Macht bleibt das entscheidende Kriterium einer demokratischen Entwicklung und der ihr nötigen Bedingungen.

Wie die ganze Geschichte des Kommunismus zeigt, werden zwei kommunistische Dogmen revidiert werden müssen, bevor das geschehen kann: das Dogma von dem monolithischen Charakter der Partei und das Dogma ihrer Hegemonie über Staat und Gesellschaft. Bisher haben freilich die sogenannten Revisionisten nicht die geringste Bereitwilligkeit gezeigt, diese Dogmen zu revidieren. Ausserdem behaupten sie — wie im Fall Tito — ihr Kommunismus sei viel fester und besser als der sowjetische Kommunismus. Da ständig eine absolute Konformität mit der Parteilinie verlangt, aber von den Bevölkerungen Osteuropas hartnäckig verweigert wird, wird daher der Kampf um Freiheit unvermeidlich weitergehen. Dieser Kampf wird nicht nur gegen den sowjetischen, chinesischen und albanischen Typ des Kommunismus geführt werden, wie er heute im Sowjetblock vorherrscht, sondern auch gegen den revisionistischen Typ des Kommunismus, wie er in Jugoslawien herrscht, weil allen diesen Typen des Kommunismus eines gemeinsam ist: Sie unterdrücken die Freiheit und herrschen im Namen und mit den Mitteln einer totalitären Diktatur schlimmster Sorte.

Wirtschaft

UdSSR

Planung und Arbeitszwang

Die kommunistische Wirtschaftsplanung will vorschreiben, was, wieviel und wo produziert wird. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen natürlich die Produktionsfaktoren bestimmt werden. Jede Ware besteht ja aus einer Kombination der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital (das heisst zum Beispiel Maschinen). Dem Fabriksdirektor wird durch den Volkswirtschaftsplan das Plansoll, nämlich die Menge der herzustellenden Güter vorgeschrieben. Zum voraus muss nun aber auch errechnet werden, welche Maschinen und Fabrikationseinrichtungen und welche Arbeitskräfte dazu notwendig sind. Diese Produktionsfaktoren müssen dann der Unternehmung zugeteilt werden.

Bei einer verstaatlichten Wirtschaft können Boden und Kapital im Rahmen der vorhandenen Mengen sehr leicht zugeteilt werden. Anders verhält es sich mit der Arbeitskraft. Wenn auch sie entsprechend den Planbedürfnissen zugeteilt werden soll, ist der Arbeitszwang unumgänglich. Es ist nämlich unmöglich, dass das ganze Volk dort und das arbeiten will, was der Plan vorschreibt.

In der Sowjetunion war denn auch der Arbeitszwang eine bekannte Erscheinung. Der Arbeiter wurde an den Betrieb gefesselt, den er freiwillig fast nicht mehr verlassen konnte. Das Arbeitsbuch verhinderte die Freizügigkeit. Als 1955 Chruschtschew sich um die Nachfolge als Diktator bemühte, versuchte er die Unterstützung des Volkes durch gewisse Konzessionen zu erkaufen. Im Zuge dieser taktisch bedingten Lockerung wurde ab 1956 den Arbeitern erlaubt, ihren Arbeitsplatz zu verlassen, sofern dazu gute Gründe vorlagen. Diese Gründe mussten im Arbeitsbuch eingetragen werden, gegen dessen Vorweisung allein der Arbeiter von einer andern Unternehmung eingestellt werden kann.

Trotz dieser Einschränkungen bewirkte die Massnahme eine starke Steigerung des Stellenwechsels, weil im kommunistischen System der einzelnen Unternehmung keine anderen Massnahmen zur Sicherung der Arbeitskraft wie Lohnerhöhung, Zulagen, Arbeitszeitverkürzung, individuelle Behandlung, möglich sind. Dieser bedeutende Fluss der Arbeitskräfte gefährdet aber die Planung. Wie soll beispielsweise Neuland erschlossen werden, wenn keine Arbeiter freiwillig nach Sibirien umsiedeln? Bis 1956 wurden die benötigten Arbeiter einfach zwangsweise verschoben.

Um diese Schwierigkeiten zu lösen, ohne allzu offensichtlich in die Zwangswirtschaft zurückzuverfallen, studiert man gegenwärtig die Bewirtschaftung der Arbeiskraftreserven. 1958 haben sich vier wissenschaftliche Forschungsinstitute mit dieser Frage beschäftigt; ein Jahr darauf waren es sieben, und 1961 bereits 50. Anfangs dieses Jahres fand sogar in Moskau eine grosse Konferenz über das Problem der Arbeitskraftreserven statt. Sie arbeitete in fünf Abteilungen Empfehlungen zuhanden der staatlichen Organe aus.

Das Hauptproblem dieser Konferenz ist die planmässige Verteilung der Arbeitskräfte, und zwar regional und branchenmässig. Was die Versorgung mit Arbeitskräften betrifft, so kann die UdSSR in drei Gebiete eingeteilt werden. Der Nordwesten, Sibirien, der Ferne Osten und Kasachstan leiden Mangel an Arbeitskräften; das Wolgagebiet, der Ural und das Baltikum sind ausreichend versehen, während das Zentrum des europäischen Teils, der Kaukasus und sowjetisch Zentralasien eher einen Ueberfluss an Arbeitskräften aufweisen.

Solche Probleme bestehen natürlich in der freien Welt auch. Sie werden durch materielle Faktoren und ohne Zwangsmassnahmen gelöst. Italienische Arbeiter fahren freiwillig in die Schweiz, weil sie hier bessere Löhne oder bessere Arbeitsverhältnisse finden. Diesen Weg kann das kommunistische Wirtschaftssystem nicht wählen, weil sonst die ganze Planung aus den Fugen gerät: die Kostengestaltung würde sich nämlich der Vorausberechnung entziehen.

Daher wird in der einen oder andern Form, mehr oder weniger getarnt der Arbeitszwang wiederum eingeführt werden müssen. Die genannte Konferenz bietet Anzeichen dafür: die Arbeitskräfte sollen stärker an die Wirtschaftsgebiete gebunden werden, was auf eine Abschaffung der Vertragsfreiheit und auf eine Beschränkung des Kündigungsrechtes hinausläuft.

Die Suche nach dem neuen Sowjetmenschen

Die kommunistische Gemeinschaft setzt voraus, dass jeder Mensch freiwillig das Höchstmass an Leistungen erbringt, ohne für bessere Arbeit mehr Lohn zu erhalten. Zwar gibt es in der Sowjetunion noch immer krasse Lohnunterschiede, die meist sogar viel grösser sind als bei uns. Aber vielfach fehlt doch der materielle Anreiz zur besseren Arbeit. Dieser Anreiz wird durch den sogenannten kommunistischen Wettbewerb ersetzt. Da verpflichtet sich ein Betrieb zur vorzeitigen Erfüllung seines Plansolls, dort gelobt eine Arbeitsbrigade, das Plansoll zu übertreffen. Nach Möglichkeit wird jeweilen eine Bewegung ausgelöst, die ähnliche Betriebe in den Wettbewerb versetzt und zu grösseren Leistungen anspornen soll.

Wie hier bereits berichtet worden ist, wurde 1959 ein neuer Wettbewerb eingeführt, in dessen Rahmen der Titel eines «kommunistischen Arbeitskollektivs» errungen werden kann. Das neue an diesem Wettbewerb liegt in der Verbindung der wirtschaftlichen mit einer politisch-gesellschaftlichen Aufgabe. Die Mitglieder einer Brigade, die den Titel eines kommunistischen Arbeitskollektivs verdienen wollen, verpflichten sich nicht nur zur höheren Arbeitsleistung, sondern auch zur kommunistischen Lebensführung.

Das Kollektiv kontrolliert das Benehmen eines jeden Mitgliedes, sowohl im Betrieb als auch zu Hause. Fehler werden gemeinsam beurteilt und allenfalls gemeinsam verurteilt. Das Kollektiv überwacht insbesondere auch die Kindererziehung in ideologischer Hinsicht. Im gigantischen Kraftwerk von Irkutsk werden beispielsweise die Familienmitglieder zu Versammlungen eingeladen, an denen das Privatleben des Vaters oder der Mutter, des Mannes oder seiner Frau erörtert wird. Solche Brigaden besuchen gemeinsam das Kino oder das Theater und organisieren Ausflüge; sie leben wie eine grosse Familie unter der Leitung des Brigadenchefs. Das Privatleben soll ausgelöscht werden.

Wie die Zeitschrift «Trud i zarabotnaja plata» berichtet, verflacht diese Bewegung in letzter Zeit zunehmend. Die Brigadetätigkeit werde vom Formalismus beherrscht. Die Versprechungen vor allem in politischer Hinsicht seien leere Worte; das innere Feuer fehle. Interessanterweise wird diese Verflachung mit der Breitenwirkung der Bewegung in Zusammenhang gebracht. Als nur einige Hunderttausend teilnahmen, sei der Wettbewerb wirkungsvoll gewesen. 1961 haben sich aber bereits 20 Millionen Menschen in 187 000 Brigaden im Wettbewerb befunden.

Das ist ein bemerkenswerter Beweis dafür, dass die kommunistische Gemeinschaft eine Utopie ist und praktisch nicht verwirklicht werden kann. Diese angebliche Verflachung ist ein sicheres Zeichen dafür, dass sich die Menschen nicht in die gleichen Formen pressen lassen, was menschlich gesehen eine beruhigende Erscheinung ist.

Kennedy und Chruschtschew sitzen im Fond eines rasenden Wagens. Der Teufel verfolgt sie, er kommt näher und näher. Da greift Kennedy nach einem Beutel Goldes und wirft ihn auf die Strasse. Der Teufel äugt hinein, wirft ihn ärgerlich weg und setzt den beiden doppelt nach. Zitternd greift Chruschtschew in seine Tasche, reisst einen Zettel hervor, hastet einige Worte hin und wirft ihn hinaus. Der Teufel greift danach. Kaum gelesen, heult er mit Gestank ab. Nach tiefem Atemzug fragt Kennedy, was denn — «Nichts Besonderes» meint Chruschtschew, «ich schrieb bloss: dieser Weg führt zum Kommunismus!»

Jugoslawiens Devisenschleuse

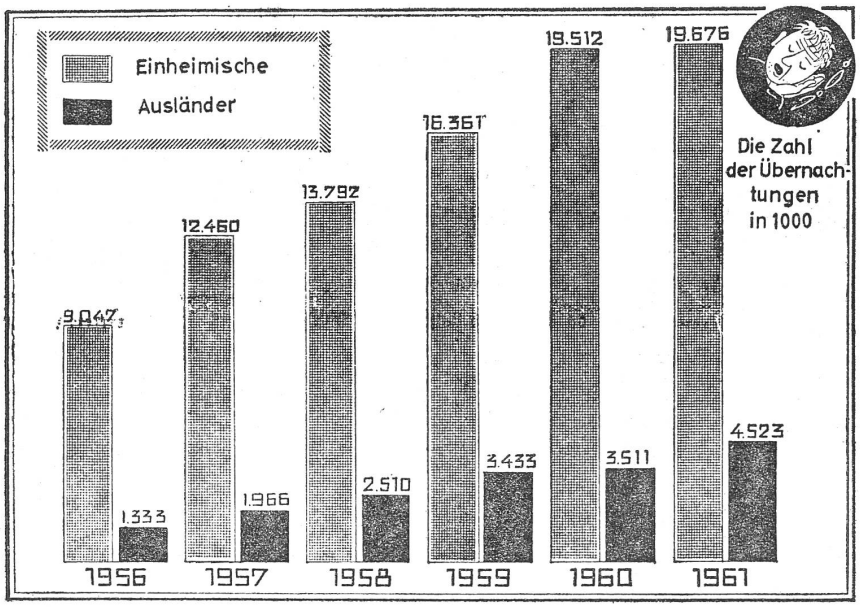
Während des laufenden Jahres wird Jugoslawien vier Milliarden Dinar für Hotels, Motels und Auto-Camps investieren. In der Hauptsaison sollen dadurch zusätzlich 5000 Betten zur Verfügung gestellt werden können. Gleichzeitig wurde der Wechselkurs für Touristen angepasst; für 1 $ erhält man jetzt 750 Dinar statt 600 Dinar wie bis anhin. Ferner wird neuerdings auf die Erhebung einer Kurtaxe verzichtet. Jugoslawien hat damit eine Offensive zur Förderung des Fremdenverkehrs eingeleitet. Ziel dieser Offensive ist eine Steigerung der Deviseneinnahmen.

Jugoslawien ist das einzige kommunistische Land, das westliche Touristen in nennenswertem Ausmass beherbergt und den Fremdenverkehr als Devisenquelle heranziehen kann: die Einnahmen betrugen 1960 18,4 Millionen $ (Schweiz: 297 Millionen $) und 1961 bereits 25,2 Millionen. Die Ausrichtung auf den ausländischen Touristen setzt voraus, dass das Niveau des Gebotenen gehoben wird. Die dazu unternommenen Anstrengungen wirken sich schliesslich auch zugunsten der inländischen Ferienreisenden aus. Tabelle 1 (siehe oben) gibt die Zahl der Uebernachtungen von Einheimischen und Ausländern wieder.

Verhältnismässig ist diese Zahl 1960 im Vergleich zu 1956 in Jugoslawien am schnellsten gestiegen. Die Uebernachtungen haben sich in den klassischen Fremdenverkehrsländern wie folgt entwickelt (in Millionen, erste Zahl für 1956, zweite Zahl für 1960, dritte Zahl Zunahme in Prozent:

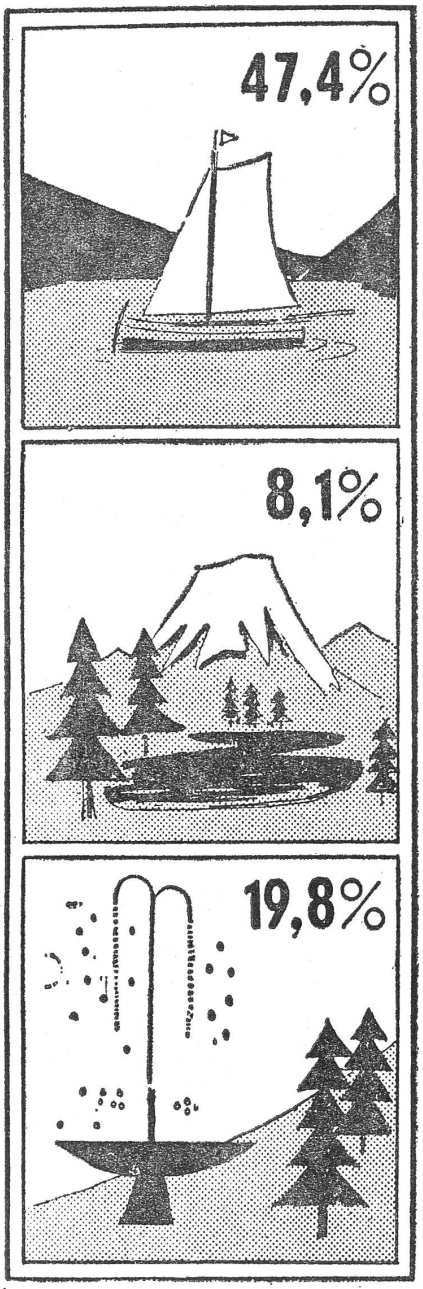
Italien	33,4	36,7	+ 10
Frankreich	30,2	29,3	— 3
Oesterreich	14,3	25,7	+ 78
Schweiz	12,5	15,9	+ 27
Westdeutschland	8,5	11,3	+ 10
Jugoslawien	1,3	3,5	+ 163
Griechenland	1,2	3,0	+ 140

Im Gegensatz zu den westlichen Völkern reisen die Jugoslawen selbst wesentlich weniger ins Ausland, was auf finanzielle und politische Gründe zurückzuführen ist. Daher kommt den Ferienreisen im Inland eine so grosse Bedeutung zu. Die noch sehr zahlreichen Hotels ohne Komfort wie fliessendes Wasser werden in erster Linie von den Einheimischen aufgesucht. Die Hoteldichte an der beliebten Adriaküste geht aus der unten wiedergegebenen Karte hervor. Für jedes Hotel steht ein Kreis; schwarze Kreise bedeuten Hotels mit fliessendem kaltem und warmem Wasser.



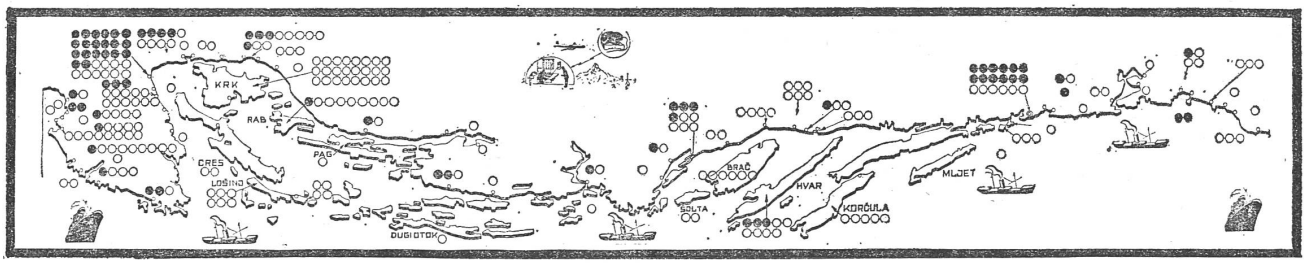
Die Anziehungskraft der Adriaküste bewirkt, dass gemäss nebenstehender Darstellung knapp die Hälfte der Touristen ihre Ferien an der See verbringt, ein Fünftel die Kurorte aufsucht und weniger als ein Zehntel die Berge mit ihren Wäldern und Jagdgelegenheiten bevorzugt.

Jugoslawien ist vorläufig ein billiges Reiseland. Den nachfolgenden Zahlen kommt zwar nur ein beschränkter Aussagewert zu. Danach entfällt pro Uebernachtung eines Fremden folgender Betrag (in $):



Die ausländischen Besucher verbleiben zur Hälfte am Meer, suchen zu einem Fünftel die Kurorte auf; nur ein knapper Zehntel zieht die waldreichen Berge vor.

An der adriatischen Küste steht eine beträchtliche Zahl von Hotels zur Verfügung, wenn auch teilweise recht alter Gebäude. Für jedes Hotel steht ein Kreis; schwarze Kreise bedeuten Hotels mit fliessend Warm- und Kaltwasser.



Westdeutschland	42,6
Schweiz	18,5
Frankreich	18.—
Italien	17,5
Griechenland	16.—
Oesterreich	9.—
Jugoslawien	5,3

Im Gegensatz zu den andern Ländern hat jedoch Jugoslawien keine nennenswerten Waren anzubieten, die vom Touristen zwar im Import erworben, aber sodann exportiert werden.

Was ist nun vom Tourismus nach Jugoslawien zu halten? Dieses Land befindet sich ja nicht in der festen Hand Moskaus. Zur Beurteilung ist festzuhalten: der ausländische Reisende bringt westliche Devisen und entzieht diese Gelder den westlichen Fremdenverkehrszentren; die Sonderstellung Jugoslawiens wird unterstrichen; das Land wird zu Investitionen auf einem nicht machtorientierten Gebiet gezwungen, wovon nicht zuletzt auch die eigene Bevölkerung profitieren kann.

Die Vorteile eines Jugoslawienbesuches zu Informationszwecken liegen demnach auf der Hand. Der Devisenzuschuss ist nicht unerwünscht, da Jugoslawien um so besser einen von Moskau unabhängigen Kurs verfolgen kann, desto gesicherter seine Wirtschaftslage ist. Die aus rein wirtschaftlichen Gründen motivierte Ferienreise nach Jugoslawien ist andererseits nicht zu befürworten. Ein bis zwei Aufenthaltet sollten genügen, um das berechtigte Informationsbedürfnis befriedigen zu können.

Kultura

UdSSR

Kultus der Persönlichkeit unter Stalin

In der neuesten Nummer der literarischen Zeitschrift «Nowij Mir» erschien der 4. Teil der Erinnerungen von Ilja Ehrenburg. Gegen Ende des Jahres 1935 war Ehrenburg aus Paris, wo er für die «Iswestija» tätig war, nach Moskau zurückgekehrt. Kurz danach sah er zum ersten Male Stalin und erlebte unter anderem auch die Säuberungen in den Reihen der Sowjet-Künstler und -Literaten. Ueber Stalins Auftreten schreibt er:

«... Plötzlich standen alle auf und fingen an, wie verrückt zu klatschen. Aus einer Seitentür, die ich nicht sehen konnte, kamen Stalin und hinter ihm alle Mitglieder des ZK (ich traf sie schon im Hause Gorkis). Die ganze Versammlung applaudierte und schrie. Das dauerte sehr lange, vielleicht 10 oder 15 Minuten. Stalin applaudierte ebenfalls. Als es etwas ruhiger wurde, schrie irgendjemand: ‚Dem genialen Stalin ein Hoch!', und alles fing wieder von vorne an. Endlich setzten sich alle — da ertönte plötzlich ein leidenschaftlicher Ruf einer Frau: ‚Stalin sei Ruhm und Ehre!' Alle sprangen wir auf und klatschten wieder.

Als all das zu Ende war, spürte ich, dass mir meine Hände weh taten. Ich sah Stalin zum erstenmal und konnte meine Augen nicht von ihm abwenden. Ich kannte ihn von Hunderten von Photographien ... Ich bemerkte, dass ich den Reden unaufmerksam folgte, da ich immer Stalin ansah. Ich schaute mich um, und es wurde mir klar, dass alle Anwesenden dasselbe taten.

Als ich nach Hause ging, hatte ich ein unbestimmtes, peinliches Empfinden: Natürlich ist Stalin ein grosser Mensch, aber er ist auch ein Kommunist, ein Marxist. Wir reden die ganze Zeit von einer neuen Kultur. Dabei ist das alles eine Art von Götzenverehrung ... Ich stutze in meinem Nachdenken — ich denke wahrscheinlich wie ein Intelligenzler. Wir mögen als Intelligenzler Unrecht haben und den Geist der Zeit nicht verstehen: ‚Intelligenzler', ‚Wirrkopf', ‚verfaulter Liberaler' — und trotzdem blieb es unverständlich, ‚der weise Führer', ‚der geniale Leiter der Völker', der ‚treue Vater', ‚der grosse Steuermann', ‚der Erneuerer der Welt', der ‚Schmied unseres Glückes', die ‚Sonne'.

Schliesslich gelang es mir, mich zu überzeugen, dass ich die Psychologie der Massen nicht verstehe, über alles vom Standpunkt eines Intelligenzlers denke, der noch dazu sein halbes Leben in Paris verbrachte.

Als ich in Moskau war, hatte Stalin gesagt: ‚Majakowskij (der begabte futuristische Dichter, der die Revolution und die ersten Hungerjahre des ‚Kriegskommunismus' hymnisch verherrlichte, dann aber das heute nach langem Schlummer wieder aufgeführte satirische Drama ‚Die Wanze' schrieb und schliesslich 1930 aus Enttäuschung durch Selbstmord endete — Red.) war und bleibt der beste und begabteste Dichter unserer Sowjetepoche.' Sofort begann man überall über die grosse Bedeutung der neuartigen Formen der Dichtkunst zu reden und sich über den Bruch mit der Routine zu freuen.

Etwa 2 Monate später las ich in der ‚Prawda' einen Artikel unter dem Titel ‚Chaos statt Musik'. Es war ein kompletter ‚Verriss' der Oper von Schostakowitsch (der heute der preisgekrönte und am meisten gefeierte Sowjetkomponist ist — Red.), ‚Jekaterina Ismajlowa', nachdem sich Stalin ihre Aufführung angehört und über die Musik in Wut geraten war. Sofort wurden alle Komponisten und ausübenden Musiker zusammengetrommelt, die gezwungen wurden, Schostakowitsch wegen seiner ‚Faxen' und seines ‚Zynismus' zu verdammen. (Schostakowitsch ist unter anderem auch der Komponist der Sowjet-Nationalhymne, die zur Zeit Stalins an die Stelle der ‚Internationale' trat — Red.).

Nach der Musik nahm man sich die Literatur, die Malerei, das Theater und auch den Film vor. Die Kritiker verlangten ‚Eifachheit und Volkstümlichkeit'. Majakowskij wurde nach wie vor gelobt, aber jetzt wegen angeblicher anderer Vorzüge — seiner ‚Einfachheit und Volkstümlichkeit'. Man begann den Feldzug gegen den ‚Formalismus', die ‚sektiererischen Hässlichkeiten', die ‚Gliederverrenkungen'. Die Angriffe auf die Opfer erfolgten mit grösster Heftigkeit und Wut, und die Zeitungen füllten mit ihnen viele Spalten und ganze Seiten.

Das erste Opfer dieser Verfolgung war ein Band mit Kindergedichten von Marschak, illustriert von W. Lebedew. Die Bilder bezeichnete man als ‚Schmiererei' und das Buch wurde vernichtet. Die Architekten wurden zur Versammlung einberufen, auf der der «Formalismus» verdammt wurde.

Noch schlimmer erging es den Malern; die Kritiker behaupteten, dass Lentulow nicht einmal eine Streichholzschachtel zeichnen könne, dass Tischler, Fonwisin und Sterenberg ‚ausgesprochen übelwollende Schmierer' seien usw.»

Justiz

Polen

Verwaltungsstrafkollegien

Vor einigen Jahren hat Polen ein besonderes Verwaltungs-Strafverfahren eingeführt, um Delikte «geringer Sozialgefährlichkeit» rascher aburteilen zu können. Spezielle Strafkollegien wurden bei den Volksräten errichtet, die mit Bussen oder Freiheitsentzug von kurzer Dauer strafen dürfen.

Die Strafkollegien haben letztes Jahr 463 097 Fälle behandelt, 30,8 Prozent wegen «Verletzung der Prinzipien des sozialistischen Zusammenlebens»; 26,8 Prozent richteten sich gegen Einzelbauern, die ihre Ablieferungspflicht nicht erfüllt hatten.

Das offizielle Communiqué betont, Aufgabe der Kollegien sei es, durch strenge Massnahmen diese Pflicht der Bauern durchzusetzen.

Die Kollegien behandelten ausserdem viele Fälle von Lebensmittelhamsterei («Glos pracy», Gewerkschaftsblatt, 12. April 1962). Die Bevölkerung ist wegen der allgemeinen Lebensmittelknappheit bemüht, Reserven anzulegen. Diese «Hamsterer» werden oft denunziert. Denn im Lande haben 800 000 Familien keine eigene Wohnung, Hunderttausende von Einzelpersonen müssen ebenfalls mit fremden Leuten zusammenleben. Da kann Denunziation persönliche Vorteile schaffen, und dazu scheint die Planwirtschaft anzuregen.

Handel

SBZ

Sicherheit gegen Comecon

Die Sowjetzone hat erhebliche Schwierigkeiten bei der Einfuhr von Maschinen und Aggregaten aus den «Sozialistischen Ländern». Sie entsprechen in den meisten Fällen nicht den Deutschen Sicherheits- und Arbeitsschutz-Bestimmungen, deren Normen noch in grossem Umfang für Gesamtdeutschland gelten. Die Mitarbeiter der technischen Ueberwachungsorgane sind von der Sowjetzonenpresse scharf angegriffen worden, ihre Kontrollmassnahmen wurden als «Sabotage an der Wirtschaftsentwicklung der DDR» bezeichnet.

Bei einem sowjetischen Artokran hat die technische Ueberwachung die Hubleistung von 10 auf 5 Tonnen herabgesetzt und gefordert, dass alle Schweissungen noch einmal vorgenommen werden müssen. Seilzüge aus Ungarn, die für eine Hubleistung von 5 Tonnen getestet waren, wurden nicht zugelassen, weil sie nach den Sicherheitsbestimmungen nur für eine Hubleistung von 2,5 Tonnen geeignet waren.

Die Durchführung der Aenderungen und Einschränkung der Wirkungsbasis hat zu erheblichen Zeitverlusten geführt. Die SED hat darauf hingewiesen, dass sich die Kontrolleure an «überholten Sicherheitsüberlegungen orientieren». Die Kritik an den Lieferungen aus den sozialistischen Ländern entsprechen nicht «den Prinzipien der Völkerfreundschaft und der Achtung vor den Leistungen der Werktätigen dieser Länder». Die Vernunft verlange, alle aus den sozialistischen Ländern eintreffenden Maschinen sofort zum Einsatz zu bringen. «Bürokratisches Festhalten» an überholten Bestimmungen werde nicht mehr geduldet.

Der Propagandakrieg gegen Deutschland in England ist der

Angriff auf das schwächste Glied

Das deutsch-englische Bündnis gilt für Moskau schon seit längerer Zeit als das «schwächste Glied in der Kette des Welt-Imperialismus», und getreu dem Ratschlag Lenins, stets das schwächste Glied dieser Kette (als solches galt 1917 das russische Zarenreich) zu «ergreifen» und alle Schläge darauf zu konzentrieren, bis es zerbreche, wird jetzt ein unverhältnismässig grosses Mass an Propaganda-, Infiltrations- und Störbemühungen von seiten des Sowjetblocks auf dieses Bündnisverhältnis angesetzt. Hauptinstrument dieses Angriffes ist natürlich der Rundfunk- und Auslands-Werbeapparat des Sowjet-Gauleiters in Deutschland, Walter Ulbricht.

Einschaltung von Tarn-Organisationen

Da die britische Regierung die sogenannte «Deutsche Demokratische Republik» nicht anerkannt hat, besteht in London keine diplomatische Vertretung der Ostberliner Satrapie. Zur Förderung des «Kulturaustausches» und des «friedlichen Handels» beschäftigt Ostberlin aber eine kommerzielle Werbeagentur, die recht rührig ist und dort Ausstellungen, Empfänge und dergleichen organisiert und auch die Pauschaleinladungen britischer Abgeordneter, Politiker und Geschäftsleute nach Leipzig und Ost-Berlin durchführt. Pikanterweise ist ein konservativer Abgeordneter und Geschäftsmann, Barnaby Drayson, Mitinhaber dieser Firma. Seine ungenierte Propaganda in Reden, Briefen an die Presse und dergleichen für ein «friedliches und freundschaftliches Verhältnis zur DDR» und für die Anerkennung des Sowjetstaates auf deutschem Boden erregte bei anderen Abgeordneten immerhin so viel unliebsames Aufsehen, dass Drayson das Direktorenamt bei der Werbefirma niederlegen musste, aber noch massgebender «stiller» (in Wirklichkeit nach wie vor sehr lauter) Teilhaber dieses Unternehmens blieb.

Der angeblich privatwirtschaftliche Charakter dieser und anderer Osthandels- und Ostwerbeunternehmen hat für die deutsche Sowjetzone den Vorteil, dass die formalrechtlich denkenden Briten und ihre Behörden auf alle Beschwerden der mit ihnen verbündeten Bundesrepublik gegen die Duldung einer so ausgesprochen feindlichen Propaganda gegen einen Bundesgenossen mit Achselzucken un der Bemerkung abtun, im freien England könne man nicht die Tätigkeit von Privatunternehmen verbieten, solange sie sich nicht strafrechtlich machten!

Bewährungsprobe Brandt

Nachdem diese Tätigkeit eine Reihe von Jahren gelaufen war, wurde den Propagandazentralen anlässlich der vor einigen Wochen unternommenen Vortragsreise des Berliner Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt durch England eine neue «Schwerpunktaufgabe» gestellt. Wie aus der Tagespresse bekannt, wurden Willy Brandts, auf Einladung der Labour Party und des britischen Foreign Office durchgeführte Versammlungen von kleinen (jeweils nie mehr als 50 bis 70 Personen in einer Zuhörerschaft von 500 bis 1000 Menschen) Störbanden wirksam unterbrochen. Das Bemerkenswerte war der systematische und wirksame Drill, mit dem diese Störer operierten: Sie brüllten und tobten nicht etwa alle auf einmal, sondern sukzessive stets nur in winzigen Dreier- und Vierergruppen in wechselnden Ecken und Enden der Vortragssäle, so dass die herbeigerufene Polizei nicht alle auf einmal hinauswerfen konnte, sondern während der ganzen Veranstaltung alle 3 bis 5 Minuten ein neues Störnest entdeckte, dessen Beseitigung seine 10 bis 15 Minuten in Anspruch nahm. Die Demonstranten waren nicht nur Parteikommunisten, sondern ihren Abzeichen und der von ihnen verteilten Literatur nach zu urteilen, auch radikale Pazifisten (Anhänger des «Nuclear Disarmament»), Trotzkisten, Linkssozialisten, aber auch extreme Nationalisten der Konservativen (sogenannte «Empire Loyalists») und Mitglieder «British Fascist League» (jetzt nur noch «British League» genannt).

Propagandamaterial aus der SBZ

Die verteilten Broschüren und Flugblätter stammten zwar von englischen kommunistischen Autoren, trugen aber Druckvermerke von Ostberliner Staatsdruckereien und waren nach Feststellung eines führenden Sonntagsblattes («Sunday Telegraph») in Massen aus der Sowjetzone Deutschlands importiert worden. Vorher hatte der Ostberliner «Deutschlandsender» seine englischsprachigen Sendungen tagelang mit «Aktionsanweisungen» für den «Protest gegen den Kriegshetzer Brandt» angefüllt, und nachher quittierten die englisch- und deutschsprachigen Sendungen des gleichen Rundfunks mit Dank die «Proteste der britischen friedliebenden werktätigen Massen».

Darüber regte sich die westdeutsche Presse sehr auf, und Willy Brandt sah sich nach seiner Heimkehr veranlasst, beschwichtigend zu erklären, er mache sich über die «Schatten der Vergangenheit» (nämlich die angeblich aus der Kriegszeit stammenden Hassgefühle gewisser britischer Kreise) keine allzugrossen Sorgen.

Fehlende Solidarität der Engländer

Leider interpretieren sowohl die Zeitungen als auch Brandt selbst die traurigen und widerlichen Vorfälle während seiner Englandreise falsch: Es handelte sich bei den Störungen um Aktionen winziger, aber wohl organisierter und geleiteter Trupps, die vermutlich sogar von Ort zu Ort reisten, um ihr Werk fortzusetzen. Solche Elemente sind heutzutage mit Leichtigkeit in jedem modernen Lande aufzutreiben und können eingesetzt werden, wenn die Behörden und die Haltung der Bevölkerung des Landes es ihnen erlauben. Das war in England der Fall, und die besorgniserregende Tatsache im Falle Brandts war nicht was geschah, sondern vielmehr was nicht geschah. Gaitskell und andere Labourführer, die auf Brandts Veranstaltungen den Vorsitz führten, riefen zwar die Polizei zur Entfernung der Krakeler herbei, aber sie sprachen sich äusserst milde gegen diese aus. Gaitskell appellierte immer wieder nur an den «Sinn für Höflichkeit gegenüber einem Gaste und für Fairness». Man möge Brandt doch anhören, um ihm nachher nach Herzenslust die schärfsten Fragen zu stellen. Und so geschah es denn auch: Die Frage- und Diskussionszeit wurde mit wenigen Ausnahmen von Personen beherrscht, die Brandt beleidigende, verlogene und bösartige (den anderen Engländern natürlich meist nicht erkennbare) Insinuationen enthaltende Fragen entgegenschleuderten. Die Gastgeber Brandts stellten sich — ausser durch ihre Bitten um besseres Betragen der Audienz — nie und nirgends politisch auf die Seite Brandts. Gaitskell redete Brandt als «Mister» und nicht als «Comrade» (Genosse) an, was er sonst liebend gern auf Versammlungen tut. Es blieb Brandt allein und (in London) einem jüdisch-deutschen Flüchtling überlassen, darauf hinzuweisen, dass Ulbricht und seine britischen Helfer 1939 durch ihren Bund mit den Nazis England und die Welt in einen katastrophalen Krieg gestürzt haben. Für die Labourführung und die britische Presse, die nachher über die Versammlungen berichtete, war die ganze Affäre nur ein peinliches Schauspiel politischer Unmanieren. Die Störer wurden nicht als gemeinsame Feinde der britischen und deutschen Demokratie gebrandmarkt.

Schatten bedrohter Zukunft

Willy Brandts Fehlurteil wiederum übersieht, dass er selber, sein Vorläufer Professor Reuter und auch der verstorbene sozialdemokratische Parteiführer Dr. Kurt Schumacher in früheren Jahren nach dem Kriege wiederholt mit allen Ehren, die Opfern und mutigen Feinden der Diktaturen gebühren, in England empfangen und aufmerksam angehört worden waren.

Die «Schatten», die sich über Brandts Redetournee legten, waren also nicht die der Vergangenheit des Krieges, sondern die einer bedrohlichen Zukunft, die von dem Propagandakrieg Ostberlins und Moskaus für England sowohl wie für die Deutsche Bundesrepublik bereitet wird.

Und Brandts peinliche Erfahrungen sind keineswegs die einzigen: Der neue deutsche Botschafter, von Etzdorf, wird durch den «Buschtelegraph» des Journalistenklatsches und natürlich auch durch den Deutschlandsender und andere Kanäle ständig verdächtigt, nicht nur ein alter Nazi, sondern auch ein beruflich unfähiger Mann zu sein, der seine Ernennung an den wichtigen Londoner Posten nur seiner angeblichen NS-Mitgliedschaft, sowie der Protektion durch die «Alten Herren» der feudalen Studenten-«Korps» verdanke, mit denen Dr. Adenauers Verwaltungsmaschinerie durchsetzt sei.

Dabei war Etzdorf vom Bundestag auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten bescheinigt worden, dass er einer der aktiven Widerstandsmänner im diplomatischen Korps war, der schon im Oktober 1939 in einer Denkschrift davor warnte, Hitlers Siege für endgültig zu halten und zu glauben, dass das III. Reich einen Schutz gegen den Bolschewismus darstelle. Im Gegenteil, in der Denkschrift, die in amerikanischen Archiven erhalten blieb, nannte Etzdorf 1939 den Nazistaat eine spezielle Abart des Bolschewismus.

Und da liegt der Hund begraben: Für die Kommunisten geht es darum nachzuweisen, dass nur die Kommunisten ehrliche «Antifaschisten» gewesen seien. Wer aber (wie Willy Brandt, von Etzdorf u. a. m.) die Nazis bekämpfte und gleichzeitig den Kommunisten misstrauisch oder gar feindselig gegenüberstand, muss den Engländern

als «Kriegshetzer», «alter Nazi» usw. glaubhaft gemacht werden. Denn dann ist die antikommunistische Bundesrepublik als Bundesgenosse der Briten untauglich, aber die kommunistische DDR wird als echter Garant des Friedens, den jeder Brite sichern möchte, angesehen.

Studentisches Beispiel

Als Botschafter von Etzdorf von Oxforder Studentenklubs zu einem Vortrag eingeladen wurde (etwa 2 bis 3 Wochen vor dem Besuch Brandts), exerzierte die kommunistische Propaganda die Generalprobe auf die kommende «Brandt-Aktion». Der Deutschlandsender gab Anweisungen, die Kommunisten besetzten den Saal — aber die studentische Versammlungsleitung war energischer und zielbewusster als der Vorstand der Labour Party: Sie verteidigte den Botschafter unter Benützung der aus seiner Vergangenheit bekannten Fakten und sie sang am Ende demonstrativ das Deutschlandlied.

Nicht genug damit, luden die britischen Kommunisten etwas später ein Präsidiumsmitglied der westdeutschen kommunistischen Tarnorganisation VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) ein, das als jüdischer Flüchtling während des Krieges in England gelebt hatte. (Die VVN ist in mehreren deutschen Bundesländern verboten und vor dem Bundesgericht schwebt ein Antrag, sie überall in Westdeutschland verbieten zu lassen.)

Forschung

Sowjetunion

Kontrolle über die Wissenschafter

Das Statut der KPdSU verpflichtet die Parteiorgane, die Betriebsleistungen zu kontrollieren. Das gilt auch für die wissenschaftlichen Forschungsinstitute.

Das ZK der KPdSU tadelte nun vor kurzem scharf das Leningrader Parteikomitee, weil die Parteifunktionäre an diesen Instituten nicht imstande seien, die Wissenschafter unter ständiger Kontrolle zu halten. Die wissenschaftlichen Pläne würden nicht erfüllt, die Forschungsfristen über Gebühr verlängert und niemand werde dafür zur Verantwortung gezogen.

Das ZK teilte auch gleich den Grund mit, weshalb die Parteifunktionäre versagen würden: Sie weigern sich, die besten Wissenschafter in ihre Organisation aufzunehmen; die Funktionäre sind ungebildete Menschen, welche die Konkurrenz fürchten müssen. Es ist ihnen klar, dass sie ihren Posten nur solange halten können, als die Wissenschafter von der Partei ferngehalten werden. Wenn diese einmal in der Partei Platz erhalten haben, müssen die Funktionäre wieder an ihre früheren Arbeitsstellen (Fabriken, Kolchosen usw.) zurückkehren. Zudem würde die kommunistische Erziehung der Gelehrten vernachlässigt.

Um diesem Uebel abzuhelfen, hat das ZK gemäss «Partijnaja schisn» Nr. 8/1962 folgendes angeordnet: Der Parteieinfluss muss in jeder Abteilung der Institute sichergestellt werden; die besten Gelehrten müssen in die Partei aufgenommen werden; das städtische Parteikomitee wird verpflichtet, mit den Wissenschaftern persönlichen Kontakt aufzunehmen und für eine bessere Bildung der Funktionäre besorgt zu sein.

Landwirtschaft

Rumänien

Neuer Schlauch für alten Wein

Wie im ganzen Ostblock herrscht auch in Rumänien eine gefährliche Agrarkrise. Der Volkswirtschaftsplan für die Landwirtschaft wurde vergangenes Jahr nicht erfüllt. Der beschleunigte Abschluss der Kollektivierung, der sich in den letzten Monaten vollzog, ist von einem Absinken der landwirtschaftlichen Erzeugung begleitet.

In dieser schwierigen Lage hat auch Rumänien einen neuen Mann zum Leiter des Landwirtschaftsministeriums berufen. Mihail Dalea, 45 jährig, Sekretär des Zentralkomitees, ist letzte Woche zum Vorsitzenden (mit Ministerrang) des neugeschaffenen Obersten Landwirtschaftsrates ernannt worden, einer Behörde, die 800 bis 1000 Mitarbeiter zählt.

Dalea ist jung und steht im Ruf, energisch und zäh zu sein. Von 1952 bis 1954 und wiederum von 1956 bis 1960 war er Botschafter in Moskau. Anfang 1955 wurde er Vorsitzender der staatlichen Kommission für die Beschaffung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und im März 1961 Vorsitzender des Ausschusses der Nationalversammlung für Land- und Forstwirtschaft. Er gilt als Spezialist für Agrarfragen.

Der neue Minister wird seine Fähigkeiten wie seine Kenntnisse benötigen, um die schwere Aufgabe zu lösen und die Landwirtschaft Rumäniens auf eine neue und tragfähige Grundlage zu stellen.

Gelingt ihm dies, so wird Dalea eine Spitzenposition im kommunistischen Regime Rumäniens erringen. Er gehört zu den kommenden Männern dieses Landes.

Tschechoslowakei

Agrarkrise ohne Ende

Der alte sowjetische Wirtschaftstheoretiker ungarischer Abstammung, Varga, hat einen Teil seiner wissenschaftlichen Arbeit damit verbracht, die Krise des Kapitalismus und damit dessen Untergang vorauszusagen. Eine Krise kam, die von 1929, aber sie wurde nicht vorausgesehen und, vor allem, die freie Welt brach nicht zusammen.

Das kommunistische Wirtschaftssystem kennt mehr Krisen, wenn es sie auch leichter finanzieren und damit zuweilen verstecken kann. Die tiefgreifende Agrarkrise im ganzen Ostblock lässt sich allerdings nicht bestreiten. Es ist eine Strukturkrise der kommunistischen Landwirtschaft, die nicht auf eine ungünstige Wetterlage zurückgeführt werden kann. Bezeichnenderweise ist vom ganzen Ostblock Polen am wenigsten von dieser Krise betroffen, jenes Land also, das den staatlichen Boden teilweise an Privatbauern verkauft hat.

In der Tschechoslowakei versucht man mit vielfältigen Mitteln der Agrarkrise zu begegnen. So wurde Mitte April ein neues Gesetz erlassen, das eine Zentralverwaltung zum Ankauf von landwirtschaftlichen Produkten ins Leben ruft. Dadurch soll die Staatsdisziplin beim Ankauf landwirtschaftlicher Produkte gefestigt und mittelbar eine verstärkte Kontrolle der Planerfüllung bewirkt werden.

In der tschechoslowakischen Landwirtschaft herrscht ferner ein Mangel an Arbeitskräften, dem ohne Arbeitszwang fast nicht beizukommen ist. Durch grosse Aufklärungskampagnen wird ein sozialer und politischer Druck erzielt, mit dem Jugendliche der landwirtschaftlichen Arbeit zugeführt werden. Trotzdem bleiben diese Massnahmen ungenügend. Von den 190 000 Jugendlichen, die nächsten Herbst in ein Lehrverhältnis eintreten, haben sich erst 18 000 Burschen und 19 000 Mädchen für die landwirtschaftliche Arbeit gemeldet. Das sind 60 Prozent der benötigten Arbeitskräfte.

Kein Wunder, dass sich die Bevölkerung der Städte über Fleischmangel beklagt. In diesem Zusammenhang entstehen interessante Gerüchte, gegen die sich die Zeitungen mit aller Schärfe wenden. «Rude Pravo» (29. 4. 62) bezeichnet die Erklärungen, dass das Vieh massenweise verende, dass Tausende von Schweinen exportiert würden, und dass in einem Nachbarlande Tonnen von Fleisch lägen mit der Bezeichnung «Landwirtschaftlicher Ueberschussgüter aus der Tschechoslowakei», als phantastische Erfindungen. Und damit hat die Zeitung den Nagel auf den Kopf getroffen. Die Annahme, die CSSR könnte heute Agrarprodukte exportieren, stammt aus dem Reiche der Phantasie.

Was sind nun aber die Gründe für den Fleischmangel? Der Bedarf sei stark gestiegen. Mit wachsendem Einkommen äussere die Bevölkerung eine zunehmende Nachfrage. In Tat und Wahrheit entsteht die Schwierigkeit nur deshalb, weil die Nachfrage nicht mit dem sinkenden Angebot zurückgegangen ist.

Wirtschaft

Polen

Autos ohne Pneus

Im Warschauer «Unabhängigen» Blatt «Zycie Warszawy» vom 19. April 1962 wurde folgendes Problem aus einem Leserbrief veröffentlicht:

Dem Besitzer eines vierjährigen Personenwagens gingen die Reifen kaputt; er wollte neue kaufen. Die Verkaufsstelle verlangte aber die gebrauchten Pneus zurück. Erst dann könne sie neue liefern. Der Mann ging hin. Es wurden ihm aber nur 3 Reifen abgenommen. Der vierte sei zu sehr abgenutzt.

Der arme Leser bat nun die Redaktion um Rat: Wie komme ich zu meinem vierten Reifen?

Die Redaktion antwortete: Im Sinne einer Verordnung des Ministerrates dürfen neue Reifen erst dann verkauft werden, wenn die alten abgegeben worden sind. Die Verordnung stellt aber auch Qualitätsbedingungen an die alten Reifen. Pneus, die nicht aufgummiert werden können, sind abzulehnen.

Der Leser wird diese Antwort sicher herzlich verdankt haben.

Dazu sei folgendes ergänzt: Die Autoindustrie übernimmt keine Garantie für jene Bestandteile, die von andern Industrien herrühren: Zum Beispiel elektrische Einrichtungen, Pneus usw. Dies begründete die Redaktion der «Zycie Warszawy» (14. April 1962) wie folgt: Es wäre ungerecht, wenn die Autofabriken die «Schande für schlechte Qualität und Mängel» anderer Industrien tragen müsste. Mängel der kommunistischen Industrie muss der Konsument häufig schlucken, ohne dass er sich zur Wehr setzen kann.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 16. Mai 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

«Brüder, wir befinden uns heute in einer wahrhaftigen Atmosphäre der Freundschaft, einer Freundschaft von Mensch zu Mensch.» Diese Worte sprach kürzlich Indonesiens Präsident Sukarno anlässlich der Grundsteinlegung für ein Krankenhaus. Dieser feierliche Akt, fügte er bei, «ist nicht nur das Symbol der Freundschaft». Der Freundschaft mit der Sowjetunion nämlich. Sie hat die Mittel zum Spitalbau geschenkt. Und deshalb geziemt es sich, dass Präsident Sukarno dankt.

Er ging aber über den üblichen Dank hinaus. Er erklärte, dass er Chruschtschew verschiedene Bitten unterbreitet hatte. «Die Hauptbitte war jene um eine Anleihe für... Aufbauprojekte... jede unserer Bitten... wurde von der Sowjetunion ohne viel Worte oder Aufhebens gebilligt... Mit andern Ländern dauert so etwas... nicht nur Wochen... sondern Monate oder sogar Jahre. Während meines ersten Besuches in der Sowjetunion erbat ich eine 100-Millionen-Dollar-Anleihe. In nur zwei Minuten war meine Bitte... gebilligt worden...»

Dass der vorschnelle Ostblock von seinen Hilfsmassnahmen politischen Gewinn erwartet, während der zögernde Westen in erster Linie auf die Wirksamkeit seiner Entwicklungsförderung bedacht ist, liegt auf der Hand. Wie kommt es nun, dass die kommunistische Hilfe trotz kleinerem Umfang so viel bessere Ergebnisse zeitigt?

Die Erklärung ist in der andersartigen Organisation der kommunistischen Bewegung zu suchen. Ostblock und freie Welt möchten begreiflicherweise ihrer Hilfeleistung die erwünschte Wirkung verschaffen, dort die politische Bindung, hier die wirtschaftliche Sicherung. Bei einem Hilfsgesuch klärt das westliche Land zunächst Zweck und Verwendung ab, um sodann allein durch vertragliche Abmachung die nötige Sicherung zu erzielen. Ganz anders der Ostblock, der in den kommunistischen Parteien über einen verlängerten Arm in jedem Land verfügt. Kredite werden also entweder sofort gewährt, weil die nötigen Erhebungen bereits angestellt und die politischen Möglichkeiten in Zusammenarbeit mit der lokalen kommunistischen Organisation abgeklärt worden sind. Oder die Kredite werden ebenso rasch verweigert. Im Falle einer ungünstigen Entwicklung ist das westliche Land auf den Vertrag allein angewiesen, der sich oft schon als recht brüchig erwiesen hat. Andere Massnahmen kann er nicht treffen. Der Ostblock dagegen beauftragt die kommunistischen Ableger, die nun von ihnen her der eigenen Regierung die nötigen Schwierigkeiten bereiten und unselten mit Erfolg die Erfüllung auch politischer Bedingungen erzwingen. So verfügt Moskau über einen stillen aber wirksamen Partner, der erst nach den offiziellen Verhandlungen in Erscheinung tritt.

Curriculum der Woche

KONSTANTIN GEORGEWITSCH PYSIN

Landwirtschaftsminister im neuesten Kabinett Chruschtschews.

Geburtsdatum und Geburtsort sowie Ausbildung von Pysin sind unbekannt. Er trat der KPdSU im Jahre 1939 bei und durchlief keine bemerkenswerte Karriere als Parteifunktionär. Erst nach Stalins Tod setzte der meteorhafte Aufstieg Pysins ein. Als Vorsitzender des Exekutiv-Komitees des Altai-Gebietes wurde er 1954 in den Obersten Sowjet gewählt und zum Mitglied der gesetzgebenden Kommission im Nationalitätenrat bestimmt. 1955 bis März 1961 Erster Sekretär des Parteikomitees vom Altai-Gebiet. Gehörte dem Präsidium sowie der Redaktionskommission des 20. Parteikongresses (Februar 1956) an und wurde damals als Mitglied des ZKs der KPdSU gewählt. Stellvertretender Landwirtschaftsminister im Mai 1961. Pysin ist in erster Linie Parteimann und nicht Spezialist für landwirtschaftliche Fragen. Ueberspringt mit seiner Ernennung mindestens sechs rangältere stellvertretende Landwirtschaftsminister. Ersetzt M. A. Olschanskij, der seinerseits Trofim Lysenko als Vorsitzender der Landwirtschafts-Akademie ablöst.

Der Schnappschuss

600 wissenschaftliche Bücher, die vergangenes Jahr von der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in Indonesien ausgestellt wurden, sind nunmehr den Universitäten und wissenschaftlichen Institutionen dieses Landes geschenkt worden.

*

40 neue Vorlesungen sind an der Universität Peking eingeführt worden, darunter neue Kurse über Wirtschaftsfragen der kapitalistischen Länder, über die Wirtschaftsgeschichte Chinas, über die chinesische Literatur, über die indonesische und die thailändische Sprache, über Geschichte und Verhältnisse von Burma und Korea...

*

Am Fremdspracheninstitut von Shanghai werden neue Methoden zum besseren Unterricht erprobt: Wandzeitungen, Diskussionszirkel, Konversationsübungen, Rezitationen sowie Abhören ausländischer Radiosendungen. Am Institut werden gegenwärtig Russisch, Englisch, Deutsch, Französisch, Japanisch, Arabisch und Spanisch unterrichtet.

Der Frühlingsstift

Die zwar etwas verspäteten Frühlingswinde haben auch den sowjetischen Karikaturisten umweht. Vielleicht kann er sich diesem sympathisch-menschlichen Einfluss besser entziehen als das Publikum, das Unterhaltung fordert und sie im totalitären Staat wohl kaum ohne Erziehung erhält. Aber Unterhaltung ist ja keine schlechte Tarnung für Erziehung.

Das geht ganz besonders aus der offenbar systemsunabhängigen Erfahrung der Kinder aller Welt beim Vorweisen der Schulzeugnisse hervor: schlechte Noten werden vom Papa geahndet. Der Grund liegt wohl darin, dass die Väter so gerne in ihren Kindern jene Hoffnungen verwirklicht sähen, die sie selber noch enttäuschten. Der handfesten Strafe in der Sowjetunion entspricht bei uns wohl eher die Reduktion des oft übersetzten Taschengeldes. Nun aber die kommunistische Moralin-Einspritzung, auf deren Erfolg man um so eher hofft, als sie den Betrachter unvorbereitet trifft und so über das Unterbewusstsein wirksam werden soll: der Schüler mit den ungenügenden Noten trägt Bluejeans und einen in bestem sartreschem Existenzialismus gestutzten Bart. Er huldigt damit westlichen Ideen und ist deshalb in sowjetischer Sicht dekadent, was sich eben auch in der Schule manifestieren muss: schlecht ist, wer westlich denkt.

Von rührender Naivität ist dagegen das Frühlingserwachen der korrekt gekleideten, das heisst kommunistischen Jugend.

Sie bemüht sich um die Aufforstung und bindet die Bäume mit fraulichem Charme oder männlicher Wirksamkeit.

Das führt über zur Zweisamkeit, zu welcher die postpubertäre Generation durch Maiennächte angeregt wird. Die Mode scheint grössere Annäherung zu verhindern, was offenbar mit Dankbarkeit dafür ertragen wird, dass der Mode überhaupt gefolgt werden darf. Wie fortschrittlich diese Bemühungen zumindest in der Karikatur sind, unterstreicht die Tatsache, dass die sowjetische Mode nur noch zwei Jahre Rückstand auf den Westen aufweist. Näher an die westliche Entwicklung zu kommen, dürfte der Sowjetfrau allerdings verwehrt bleiben, weil sie sonst der westlichen Dekadenz verfallen müsste. Und genau das soll der Rückstand verhindern.